

**Steven Everts,  
Lawrence Freedman,  
Charles Grant,  
François Heisbourg,  
Daniel Keohane,  
Michael O'Hanlon:**

## **A European Way of War**

*CER Pamphlet, London, Mai 2004, elektr. verfügbar unter  
<<http://www.cer.org.uk/publications/548.html>>*

Die Idee eines European Way of War wird in Europa sehr kontrovers beurteilt. So muss gleich zu Beginn betont werden, dass die Autoren in dieser Studie keine neue Form der europäischen Kriegführung fordern, sondern sich viel mehr mit der Frage beschäftigen, wie sich Europa im Vergleich zu den USA mit künftigen globalen und regionalen Konfliktsituationen auseinandersetzen muss.

Grundsätzlich stimmen die Autoren in drei Hauptpunkten überein. Erstens sollen Großbritannien und Frankreich eine Art militärische Führungsrolle übernehmen. Insbesondere Lawrence Freedman begründet dies damit, dass Großbritannien und Frankreich als einzige europäische Staaten über die entsprechende militärische Ausrüstung und internationale Erfahrung verfügen, wie sie bereits in allein geführten Operationen bewiesen haben.

Zweitens, so hebt Michael O'Hanlon hervor, könnten die Europäer mehr von den USA lernen. Dies soll nicht bedeuten, dass die Europäer die Amerikaner kopieren, sondern vielmehr, dass sie transatlantisch kooperieren. Die europäischen Streitkräfte täten gut daran, ihre Stärke im Bereich des Peacekeeping beizubehalten, gleichzeitig aber auch eine kriegstaugliche Komponente anzustreben. Umgekehrt könnten die Amerikaner von der Expertise der Europäer im Bereich der Stabilisierungsmaßnahmen und des Wiederaufbaus lernen.

Drittens soll Europa verstärkt polizeiliche Aufgaben, die François Heisbourg unter dem Begriff „innere Sicherheit Europas“ andenkt, wahrnehmen, um beispielsweise den Kampf gegen den Terrorismus zu optimieren.

Zur Umsetzung dieser militärischen Aufgaben wurde das so genannte Battle Group (BG)-Konzept ins Leben gerufen, demgemäß die EU befähigt ist, 9 BGs zu je 1500 Soldaten innerhalb von zwei Wochen einzusetzen. Dabei ergeben sich verschiedene Alternativen: Eine Regierung könnte beispielsweise allein eine BG aufstellen, wozu wohl aber nur Frankreich und Großbritannien fähig wären, da Deutschland, Spanien und Italien nur mehr bedingt über die notwendigen Kapazitäten verfügen. „Relativ größere EU-Mitgliedsstaaten“ wie die Niederlande oder Schweden könnten sich zu einer BG zusammenschließen. Eine weitere Möglichkeit wäre die Aufstellung einer multinationalen BG aus regionalen Partnern wie den baltischen Staaten oder jenen Staaten, die wie die neutralen Staaten Finnland, Irland und Österreich ähnliche verteidigungspolitische Interessen verfolgen. So, meint Daniel Keohane, könnte insbesondere für diese Neutralen unangenehmer und peinlicher Erklärungsbedarf vermieden werden. Allerdings ist dieser Vorschlag aus österreichischer Sicht etwas kritischer zu bewerten, insbesondere was die unterschiedlichen Streitkräftekapazitäten betrifft.

Eine weitere Problematik, die das transatlantische Zusammenspiel erschwert, ist der unterschiedliche sicherheitspolitische Kalkül in den USA und in Europa. Dieses zeigt sich einerseits in der technischen Unterlegenheit Europas im Vergleich zu den militärisch bestausgerüsteten USA. Hier, so O'Hanlon, seien dringende Reformen unbedingt notwendig. Auch hinsichtlich strategischer Interessen zeichnen sich immer deutlichere Unterschiede ab. Während die EU ihr Engagement zunehmend auf die instabilen und schwachen Staaten an ihrer Peripherie fokussieren muss, konzentriert sich Washington mehr auf globale Herausforderungen wie die Entwicklungen im Iran, im Irak, den Taiwankonflikt sowie die gespannte Lage zwischen Indien und Pakistan.

Den Aspekt der verstärkten Auseinandersetzung der EU mit den Entwicklungen in Europas „Vorhof“, also an den Grenzen der Union, betonte unter anderem auch der britische Verteidigungsminister Geoffrey Hoon bei der Präsentation dieser Studie. Die dramatischen Ereignisse am Balkan haben deutlich gemacht, dass eine militärische

Komponente wichtig ist, um Stabilität in Europa garantieren zu können. Dies treffe auch auf die bevorstehende EU-geführte Mission in Bosnien und Herzegowina zu, so Hoon.

Einer gemeinsamen europäischen Militärdoktrin steht Freedman skeptisch gegenüber, nicht zuletzt aufgrund der Erweiterung um 10 Mitgliedsstaaten. Ein Konsens unter 25 Staaten erscheint aus seiner Sicht in dieser Frage eher unwahrscheinlich. Die NATO, so Freedman, sei der entscheidendere Sicherheitsakteur, da einerseits die USA involviert sind, andererseits pazifistische Neutrale, wie Finnland, Österreich und Irland sowie bis zu einem gewissen Grad Schweden abwesend sind. Interessanterweise nennt Freedman in diesem Zusammenhang Frankreich und Österreich in einem Atemzug als Staaten, die eine EU-legitimierte Militärdoktrin fordern. Sie stehen Ländern gegenüber wie beispielsweise Dänemark und einigen der neuen Mitgliedsstaaten, die transatlantisch geführte Operationen favorisieren.

Im Vergleich zu einer gemeinsamen europäischen Militärdoktrin, befasst sich François Heisbourg näher mit der Europäischen Sicherheitsstrategie (ESS), die, wie er meint, nicht besonders gut geglückt ist. Man sei dennoch zumindest überrascht, ein gemeinsames Dokument erarbeitet zu haben.

Positiv sei an der ESS hervorzuheben, dass ein globaler Zugang zu Europas Sicherheitsinteressen erkennbar ist, der eine Liste der primären Bedrohungen für Europa beinhaltet. Zusätzlich betont die auch oft nach dem zu ihrer Umsetzung beauftragten EU-Spitzenbeamten als „Solanastrategie“ benannte ESS eine enge Verbindung zwischen europäischer Sicherheit und wirtschaftlicher Entwicklung. Schließlich ist auch die Erkenntnis, dass es einer Koordination von Soft Power und Hard Power bedarf, von hoher Relevanz.

Kritisch beurteilt Heisbourg, dass die ESS nicht genügend auf die Problematik der unterschiedlichen Sicherheitsinteressen der EU und der USA eingeht. Darüber hinaus behandle die ESS den Aspekt der internen Sicherheit zu wenig. Auch der von der Strategie geforderte „effektive Multilateralismus“ wird nicht näher beschrieben. Als beson-

ders schwerwiegend sei nach Heisbourg die fehlende Kohärenz der Nah- und Mittelostpolitik der EU. Insbesondere in diesem Punkt gelte es, den europäischen Ansatz mit den USA abzustimmen.

Die ESS, so Heisbourg, ist sicher der richtige Weg, wenn er auch noch nicht ganz abgeschlossen ist. Fünf Aspekte sollen vorerst verfolgt werden: Zunächst gelte es die Entwicklungshilfe zu erhöhen und zu verbessern. Entwicklungshilfe trage zur Sicherheit bei und mindere das Risiko von „scheiternden Staaten“. Zweitens schlägt Heisbourg vor, einen „Rat der Weisen“ (ein in Österreich mit wenig positiven Erinnerungen behafteter Begriff) einzurichten, der sich ausschließlich mit der EU-Politik gegenüber dem Nahen und Mittleren Osten beschäftigt. Der Westen, so der Autor, solle sich mit dieser Region ähnlich befassen wie mit Osteuropa nach dem Zerfall der Sowjetunion. Drittens sei ein „White Paper“ zu verfassen, also jene Militärdoktrin, der Lawrence Freedman skeptisch gegenübersteht. Ähnlich dem US-Heimatschutzministerium soll auch in Europa ein Heimatschutz-Konzept institutionalisiert werden. In diesem Zusammenhang wäre die Bestellung eines Hohen Repräsentanten für die „Innere Sicherheit“ zweckdienlich. Schließlich sei die Errichtung eines permanenten „EU-US-Sekretariates“ zur Verbesserung der transatlantischen Beziehungen empfehlenswert. Javier Solana könne dabei den europäischen Vorsitz im Sekretariat übernehmen. Leider nennt Heisbourg keinen passenden Kandidaten, der diese Position für die USA einnehmen könnte. Dies würde vielleicht den Stellenwert des Hohen Repräsentanten aus Sicht der USA klarer darstellen.

**Vinzenz Kastner**